



peace brigades international

Jahresbericht 2018





Liebe Spender_innen, liebe Freund_innen,

vor 70 Jahren, am 10. Dezember 1948 wurde die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verkündet. Nach wie vor ist pbi aufgrund der Menschenrechtsverletzungen aus dem Leben der Menschenrechtsverteidiger_innen nicht wegzudenken. Immer wieder bestätigen sie uns wie wichtig und notwendig die Begleitung durch pbi ist. In 2018 hat sich die Situation der Menschenrechtsverteidiger_innen weltweit leider nicht verbessert, daher müssen wir die Projektarbeit ausbauen und stärken.

Es ist wichtig, auch die Menschen in Europa über die Situation der Menschenrechtsverteidiger_innen zu informieren und für ihre Themen zu sensibilisieren, da unser Handeln ihr Leben beeinflusst. Diese Informationen über ihre Lebenssituation können am besten die Aktivist_innen selbst leisten. In Deutschland gewährte uns u.a. Omar Jeronimo aus Guatemala einen Einblick in seine Arbeit. Im Oktober hat pbi 13 Menschenrechtsverteidiger_innen aus Kenia, Guatemala, Kolumbien, Indonesien, Mexiko, Honduras und Nepal nach Brüssel eingeladen (siehe Foto links).



Fünf von Ihnen haben anschließend auf Veranstaltungen und bei Advocacygesprächen mit Politiker_innen in Deutschland über ihre Situation berichtet. Einen kurzen Rückblick auf 2018 können Sie auf den folgenden Seiten lesen.

Ich wünsche allen Menschenrechtsverteidiger_innen weltweit und Ihnen, ihren Unterstützer_innen, ein friedliches Jahr.

Herzlichst,

A handwritten signature in black ink that reads "Alex Klüken". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

Alexander Klüken
Koordinator von
peace brigades international -
Deutscher Zweig e.V.



Kolumbienprojekt

► Das Jahr 2018 war in Kolumbien von der Präsidentschaftswahl geprägt, bei der erstmals nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens die ehemalige FARC als politische Partei angetreten ist. Dennoch ist die Situation für Menschenrechtsaktivist_innen weiterhin angespannt. So wird aus verschiedenen Teilen Kolumbiens von einer zunehmenden Präsenz paramilitärischer Gruppen in vormaligen von der FARC besetzten Zonen berichtet.

Von großer Bedeutung war der Besuch des UN-Sonderberichterstatters für den Schutz von Menschenrechtsverteidiger_innen, Michel Forst, bei der Friedensgemeinde San José de Apartadó. Für die Mitglieder der Friedensgemeinde kam der Besuch zu einem Zeitpunkt,

der von einer zunehmenden Einschränkung ihrer Aktivitäten geprägt war. Nur wenige Tage vor dem Besuch von Forst wurde der gesetzliche Vertreter der Friedensgemeinde festgenommen. Dank erhöhtem internationalen Druck auf die Behörden und auch Dank der Begleitarbeit von pbi wurde der Haftbefehl Anfang Dezember wieder zurückgezogen.

Begleitete Organisationen (Auswahl)

Menschenrechte

- Friedensgemeinde San Jose de Apartado
- CIJP - Ökumenische Kommission für Gerechtigkeit und Frieden

Überwindung der Straflosigkeit

- CREDHOS - Regionale Vereinigung zur Verteidigung der Menschenrechte
- CCAJAR - Anwaltskollektiv José Alvear Restrepo
- COS-PACC - Soziale Vereinigung für Beratung und Befähigung von Gemeinschaften
- FCSP - Solidaritätskomitee für politische Gefangene
- CJL - Anwaltskollektiv „Corporación Jurídica Libertad“
- CCALCP - Anwaltskollektiv Luis Carlos Pérez
- Claudia Julieta Duque (Journalistin und Menschenrechtsverteidigerin)
- Jorge Molano - Anwalt und Menschenrechtsverteidiger Red de Defensores y Defensoras de Derechos Humanos
- Movice - Nationale Staatsopferbewegung
- FNEB - Stiftung Nydia Érika Bautista

Ökonomische Interessen

- ACVC - Bauernvereinigung aus dem Tal des Cimitarra-Flusses
- NOMADESC - Verein für soziale Forschung und Aktion

Mexikoprojekt

► Das vergangene Jahr war in Mexiko insbesondere von den Präsidentschaftswahlen und dem daraus resultierenden Regierungswechsel geprägt. Am 1. Dezember 2018 hat Andrés Manuel López Obrador mit seiner Partei Movimiento Regeneración Nacional (MORENA) offiziell die Regierungsgeschäfte für die nächsten sechs Jahre übernommen.

Im Wahlkampf hat López Obrador viel versprochen, unter anderem die Bekämpfung von Korruption und Straflosigkeit. Direkt nach seinem Amtsantritt unterzeichnete López Obrador ein Dekret zur Gründung einer Wahrheitskommission, um die Aufklärung des emblematischen Falls der 43 Verschwundenen von Ayotzinapa voranzutreiben. Der neue Präsident hat Hoffnungen für einen gesellschaftlichen Wandel geweckt, aber er hat auch schon Kritik von Menschenrechtsorganisationen aufgrund seiner Sicherheitspolitik auf sich gezogen.

Auch im Süden Mexikos ist die Lage kritisch. Im Bundesstaat Guerrero wehrt sich der "Rat der Gemeindefürsprecher und der Gemeinden gegen das Staudammpro-

jekt La Parota" (CECOP) gegen den Staudamm- und Zerstörung ihrer Lebensgrundlage führen würde. Die Mitglieder des CECOP sind immer wieder Repressionen und Kriminalisierung von staatlicher Seite und Staudammbefürworter_innen ausgesetzt. Im Januar 2018 kam es in der Gemeinde La Concepción zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung, bei der acht Personen ums Leben kamen.

Begleitete Organisationen (Auswahl)

Frauen- und Gleichstellungsbewegungen, Marginalisierte Gruppen

- Die Migrant_innenherberge „Hermanos en el Camino“
- Migrant_innenherberge Saltillo

Menschenrechte

- Tlachinollan - Menschenrechts- und Rechtshilfeszentrum in Guerrero
- Menschenrechtszentrum Paso del Norte
- Menschenrechtszentrum Juan Gerardi
- Diözesanzentrum für Menschenrechte - „Fray Juan de Larios“



Überwindung der Straflosigkeit

- CODIGO-DH - Komitee der Verteidigung der Menschenrechte
- Comité Cerezo - Komitee für die Rechte politischer Gefangener
- AFADEM - Organisation Angehöriger von Verschwundenen und Opfern von Menschenrechtsverletzungen in Mexiko

Weitere Organisationen

- Familienorganisation „Pastas de Conchos“
- EDUCA - Alternative Bildung
- Consorcio - Konsortium für parlamentarischen Dialog und Gleichberechtigung



Begleitete Organisationen

Überwindung der Straflosigkeit

- ▶ Menschenrechtsanwalt Edgar Pérez Archila und die Anwaltskanzlei für Menschenrechte BDH
- ▶ AVECHAV

Landrechte

- ▶ Rat der Gemeinden von Cunén (CCC)
- ▶ UVOC - Union der Bauernorganisationen von Verapaz
- ▶ CCDA - Comité Campesino del Altiplano de las Verapaces
- ▶ Multisectorial de Chinautla

Umweltschutz und Ressourcen

- ▶ CCCND - Zentrale Bauernorganisation „Chorti Nuevo Día“
- ▶ TZ'KAT - Red de Sanadoras Ancestrales del Feminismo Comunitario desde Ixmulew
- ▶ Gemeinden im friedlichen Widerstand La Puya
- ▶ Gemeinden im friedlichen Widerstand La Laguna
- ▶ Gemeinden im friedlichen Widerstand Cahabón

Guatemalaprojekt

▶ Das vergangene Jahr war gezeichnet von einer Regierung, die versucht die Strafverfolgung gegen die Mächtigen im Land unmöglich zu machen, und einer Mordwelle an Verteidiger_innen der Landrechte, der sie nichts entgegensezte.

Seit Februar 2018 begleitet pbi ein Netzwerk von indigenen Frauen aus verschiedenen Regionen und sozialen Bewegungen des Landes. Menschenrechtsverteidigerinnen in Guatemala sind in besonderem Maße von Gewalt betroffen. Wegen dieser großen Belastung macht sich das Netzwerk

unter anderem zur Aufgabe Menschenrechtsverteidigerinnen durch traditionelle Weisheiten und Heilungsmethoden emotional und geistig zu kurieren und zu stärken.

Die Kleinbauernorganisation CCDA hatte alleine im vergangenen Jahr den Verlust von vier ihrer Mitglieder zu beklagen. Angesichts dessen und der massiven Kriminalisierung übernahm pbi im Juli 2018 die Begleitung dieser Organisation. Wegen der aktuellen Situation und Überlastung wurde es nötig, das Team auf zwölf Freiwillige zu vergrößern.

Hondurasprojekt

► Die instabile sozial-politische Lage erschwerte die Arbeit der Menschenrechtsverteidiger_innen in Honduras. Nach Meinung zahlreicher zivilgesellschaftlicher Akteur_innen im Land liegt der Verdacht nahe, dass der im letzten Jahr gewählte Präsident Juan Orlando Hernández durch Wahlbetrug an die Macht gekommen ist.

Eine Vielzahl von Organisationen, die von pbi begleitet werden, sehen sich Verleumdungskampagnen ausgesetzt und ihre Arbeit wird zusätzlich durch die Kriminalisierung ihrer Tätigkeit erschwert.

Aus Sicht vieler Menschenrechtsorganisationen hat diese soziale und politische Krise sogar die Krise nach dem Putsch von 2009 überstiegen. Die Enttäuschung über die Entwicklung in Honduras bleibt dabei nicht unbemerkt, jedoch gibt es durchaus auch viele Vertreter_innen der Ansicht, dass sich angesichts der steigenden Unterdrückung die politische Situation im Land weiter zuspitzen wird. Ein Lichtblick war das Urteil im Prozess gegen die mutmaßlichen Mörder im Mordfall Berta Cáceres.



Keniaprojekt

► In den informellen Siedlungen von Nairobi, der Hauptstadt Kenias, sind außergerichtliche Tötungen weiterhin an der Tagesordnung.

Zusammen mit zwei lokalen und einer internationalen Organisation hat pbi ein neues Projekt ins Leben gerufen. Es zielt darauf ab, einer Normalisierung von außergerichtlichen Tötungen entgegen zu wirken und die Beziehungen zwischen der Polizei und den Gemeinden zu verbessern. Zu den Aktivitäten zählen unter anderem die Falldokumentation sowie Advocacyarbeit.

Weiterhin im Fokus des pbi-Keniaprojekts stehen die "Toolkit Organiser", eine Gruppe von 15 Menschenrechtsverteidiger_innen, die sich für Frauenrechte einsetzen. Sie halten regelmäßig Gemeindeforen ab, um mit Bewohner_innen der informellen Siedlungen über sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt zu diskutieren, sie über Maßnahmen im Falle von Vergewaltigung sowie über ihre Rechte aufzuklären und ihnen moralische Unterstützung anzubieten.

Nepalprojekt

► Die Handlungsspielräume von Menschenrechtsverteidiger_innen in Nepal werden immer weiter eingeschränkt. Insbesondere im Nachgang der Parlamentswahlen 2017 betreibt die neue Regierung eine Politik, die durch administrative Regelungen und Hürden versucht, die Arbeit von Organisationen zu behindern, die sich für Menschenrechte oder in der Friedensarbeit engagieren. Geplant ist zudem ein "Gesetz zur nationalen Sicherheit und Integrität", welches die Arbeit von nationalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen massiv reglementieren und einschränken soll.

Im vergangenen Jahr gab der NepalMonitor regelmäßig Analysen und Trendberichte heraus, in denen sie Informationen aus den unterschiedlichen Regionen veröffentlichten. Darüber hinaus wurden mehrere Workshops mit weiteren nepalesischen Organisationen durchgeführt, um unter anderem über die Menschenrechtssituation in Nepal zu informieren.

Im Oktober wurde auch die Webseite des NepalMonitor im neuen Design veröffentlicht.

Indonesienprojekt

► Menschenrechtsverteidiger_innen aus der Region Papua standen 2018 erneut unter Druck. Das vergangene Jahr war insbesondere von den Kommunalwahlen geprägt, die in mehreren Provinzen des Landes zeitgleich stattgefunden haben. Die Wahlen wurden durch zahlreiche Proteste begleitet, bei denen mehrere Menschen verletzt wurden. Daneben wurde die politische Situation in der Region Papua schon von den anstehenden nationalen Wahlen stark beeinflusst.

Weiterhin sehen sich Menschenrechtsverteidiger_innen einer zunehmenden Kriminalisierung ausgesetzt. Hier leistete das gemeinsame Projekt der indonesischen Menschenrechtsorganisation Elsam und pbi erneut einen wichtigen Beitrag für den Schutz von Menschenrechtsverteidiger_innen. Wie bereits 2017 war es dem Projekt im vergangenen Jahr wieder möglich, einen Lehrgang zu Themen wie Menschenrechtsbeobachtung, Advocacyarbeit, Sicherheitsmanagement, Frauenrechte und LGBTIQ anzubieten. Für die Zukunft ist geplant, die Inhalte der Trainings weiter zu aktualisieren.

Aktivitäten in Deutschland

► Auch 2018 haben sich die pbi-Aktiven auf vielfältige Weise für Menschenrechtsverteidiger_innen eingesetzt. Die Jubiläen zum Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sowie der „Erklärung zu den Menschenrechtsverteidiger_innen“ waren in diesem Jahr Anlass für pbi international und pbi Deutschland, ein gemeinsames Treffen in Brüssel zu organisieren, um zusammen mit begleiteten Menschenrechtsverteidiger_innen über die aktuellen Gefahren und Herausforderungen ihrer Arbeit zu diskutieren. Im Anschluss an dieses Event sind drei von ihnen nach Deutschland gereist, um in Köln, Berlin und Hamburg mit Vertreter_innen der Politik, von Basisorganisationen und der breiten Öffentlichkeit zu diskutieren.

Ebenfalls zu diesem Anlass hat das pbi-Bildungsprojekt, als Teil des Trägerkreises Lernort KulturKapelle, das Menschenrechtsfestival „Human Rights on the Move“ organisiert, das sich den Themen Recht auf Asyl und Bewegungs-



freiheit mit Workshops, Vorträgen, Musik und Mitmachaktionen gewidmet hat.

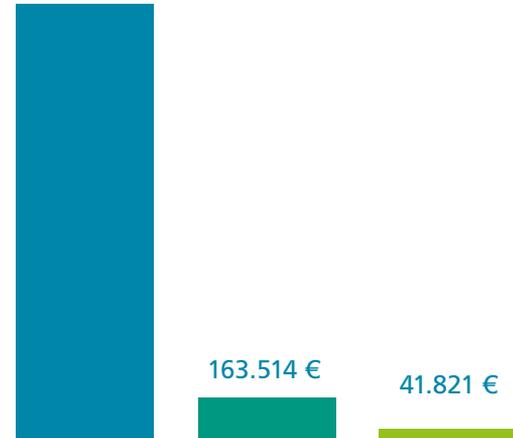
Zudem war pbi Deutschland wieder Mitveranstalter der Romerotage, der Lateinamerikatage und der Münchner Tage der Menschenrechte.

Weitere Informationen zu unseren Aktivitäten in den Projektländern und in Deutschland finden Sie auf unserer Website www.pbi-deutschland.de



Einnahmen

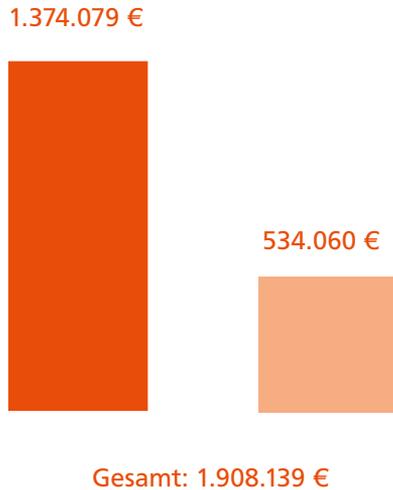
1.709.229 €



Gesamt: 1.914.564 €

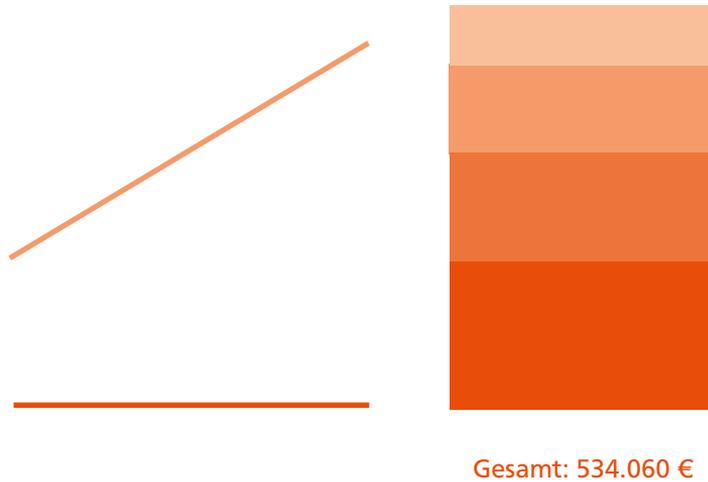
- Zuschüsse von öffentlichen und privaten Institutionen (zum Beispiel BMZ, Misereor)
- Mitgliedsbeiträge, Einzel- und Dauerspenden
- Sonstige Einnahmen (Teilnahmegebühren, Honorareinnahmen, Materialverkauf etc.)

Ausgaben insgesamt



- Auslandsprojekte
- Inland

Ausgaben Inland



- 194.370 € Projektbegleitung
- 142.922 € Koordination/Verwaltung
- 118.476 € Bildungsarbeit
- 78.292 € Öffentlichkeitsarbeit

Geldgeber und Förderer im Jahr 2018

► Wir bedanken uns bei allen Geldgebern und Förderern sowie Spender_innen ohne deren Unterstützung die Arbeit von pbi-Deutscher Zweig e.V. nicht möglich gewesen wäre. Ebenfalls bedanken möchten wir uns bei all den Menschen, die durch ihr ehrenamtlichen Engagement und ihren Enthusiasmus pbi erst so lebendig und erfolgreich gemacht haben.

- ENGAGEMENT GLOBAL
im Auftrag des



- Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst



- Ziviler Friedensdienst



- Katholischer Fonds



- Misereor



- Institut für Auslandsbeziehungen e.V. (ifa, Förderprogramm Zivik - Zivile Konfliktbearbeitung)



- Kirchlicher Entwicklungsdienst der Nordelbischen Kirche



- Evangelische Kirche in Deutschland



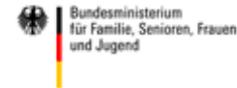
- Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden



- Nordeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung



- Kinder- und Jugendplan des Bundes. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Impressum

- peace brigades international – Deutscher Zweig e.V., Bahrenfelder Str. 101a, 22765 Hamburg
- Tel. 040 / 3 89 04 37 – 0
- Fax 040 / 3 89 04 37 – 29
- www.pbi-deutschland.de
- info@pbi-deutschland.de
- V.i.S.d.P.: Stefan Eikenbusch